

Letzte Woche wurde bekannt, dass Siemens Energy mit der Bundesregierung über Staatshilfen verhandelt. Diese Hilfen sind kritisch zu sehen. Vor drei Jahren spaltete Deutschlands zweitgrößtes Unternehmen Siemens seine Energietechnik in das neu gegründete Unternehmen Siemens Energy ab. Siemens hält aber noch 25,1 Prozent der Aktien von Siemens Energy, ist also noch zu einem Viertel Eigentümerin. Das Problem ist nun, dass die Windkraftsparte von Siemens Energy hohe Verluste einfährt. Zwar sind derzeit die Rahmenbedingungen für die Windenergiebranche insgesamt nicht gut, aber bei Siemens Energy kommen vom Unternehmen zu verantwortende Managementfehler und massive technische Probleme bei den Windtur-

Befremdliche Forderungen

Unternehmerische Fehlentscheidungen sollte nicht der Staat ausbügeln.



ULRIKE NEYER

binen hinzu. Die hohen Verluste lassen Banken zögern, Siemens Energy weiterhin Garantien zu geben. Diese benötigt das Unternehmen aber für langlaufende, milliardenschwere Großprojekte, da deren Auftraggeber zum Beispiel für geleistete Anzahlungen Garantien haben wollen. Auch die Eigentümerin Siemens zögert, diese Garantien zu übernehmen. Von ihr ist zu hören, dass man den eigenen Aktionären gegenüber verpflichtet sei. Vor dem Hintergrund möglicher Staatshilfen klingt das anmaßend. Der Staat ist gegenüber seinen Steuerzahlern verpflichtet. Auch die Aussage des Aufsichtsratsvorsitzenden von Siemens Energy, dass es sich bei der Staatshilfe lediglich (!) um Garantien handeln würde, das Unternehmen „benötige erkennbar kein

Geld vom Staat“, ist befremdlich. Aus der Bundesregierung ist zu hören, dass es sich bei Siemens Energy „ja um ein ganz wichtiges Unternehmen“ handle und um ein „für die Transformation des Wirtschaftsstandorts Deutschlands relevantes Unternehmen“. Ja – aber es ist fraglich, ob es systemrelevant ist, also ob die Energieversorgung zusammenbrechen würde, wenn der Staat nicht helfen würde. Unternehmerische Fehlentscheidungen sind sonst nicht über Staatshilfen auszubügeln, sondern Eigentümer und Gläubiger sind gefragt.

.....
Unsere Autorin ist Professorin für monetäre Makroökonomik an der Universität Düsseldorf. Sie wechselt sich hier mit dem Wettbewerbsökonom Justus Haucap und dem Vermögensexperten Karsten Tripp ab.